

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Rheingau Rheingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Schulstraße. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 168 67 Frankfurt.



Anzeigen kosten die 6gespaltene Colonnezeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Restanten die 6gespaltene Colonnezeile oder deren Raum 30 Pf. Der Bezugspreis beträgt 1.- RM. Bei Vorbezug 1.50 RM.

Dienstag, den 25. Mai 1926

30. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die veranlaßt, beabsichtigt die Reichsregierung, sich nach dem Abbruch mit den Parteiführern ins Benehmen zu setzen, eine schnelle Erledigung des Fürstenabfindungsgesetzes zu erwirken. In den Kreisen der Reichsregierung hofft man, die Vorarbeiten, die dem Reichstag in diesen Tagen zugehen, noch vor den Sommerferien zur parlamentarischen Erledigung zu bringen.

Die Verhandlungen zwischen dem Hamburger Senat und der preussischen Staatsregierung über die Groß-Hamburger Frage werden nach Pfingsten beginnen.

Das deutsch-österreichische Handelsabkommen ist am Freitag dem Reichstag unterzeichnet worden. Die offizielle Bekanntgabe soll erfolgen.

Die luxemburger Gewerkschaften haben beschlossen, den Streik auszurufen, falls ihre Lohnforderungen nicht bis zum nächsten Mittwoch genehmigt sein sollten.

Die südafrikanische Kammer beschloß, die Einführung der südafrikanischen Flagge statt der englischen.

Wirtschaftsrundschau.

In der vorigen Woche standen die Effektenbörsen unter dem Eindruck von Auslandsläusen, und die Aufwärtsbewegung lag täglich auf der ganzen Linie weitere Fortschritte, wobei zu bemerken ist, daß die Beteiligung am Geschäft seitens der ausländischen Kapitalisten eine Zunahme erfahren hat. Die Abwertung der Frankendeckelung blieb auf die Stimmung meist ohne stärkeren Einfluß. Man verwies dabei darauf, daß die französische Exportindustrie schon seit geraumer Zeit zur Goldumwandlung übergegangen ist. Die Morgan-Bank hat die Beteiligung an einer Aktion der Stärkung des französischen Währungsstandes abgelehnt und hat sich darauf beschränkt, eine Million Franken für das französische Notepapier zur Amortisierung der schwebenden Schuld zu stiften. Ueber die Beziehungen zu einer internationalen Zusammenkunft der Banken zum Zwecke der Stabilisierung des französischen Währungsstandes liegen keine neuen Meldungen vor, doch verläutet man einem günstigen Stand der hierüber in Paris geführten Verhandlungen. Auf den Hauptmarktgebieten waren andauernd größere Käufe des Auslandes zu beobachten, so in Farben, chemischen und anderen chemischen sowie elektrischen Waren. Diese Käufe dürften zu einem erheblichen Teil von ausländischen Kapitalisten stammen. Befriedigend wirkten die Monatsberichte der Deutschen Bank und der Direktion der Reichsbank-Gesellschaft, die beide zu dem Schluß kommen, daß die allmähliche Wiedergewinnung normaler Verhältnisse Fortschritte mache, wobei allerdings fraglich sei, wie weit die festgesetzte Beschäftigung auf die Einwirkung der Frühjahrsproduktion zurückzuführen sei und wieviel nach deren Auszahlung als echte Konjunkturbelebung übrig bleibe. Die Lage schloß in ruhiger zuverlässiger Haltung.

Am Devisenmarkt ist nach den Kursstürzen der Vorwoche am die Wochensumme wieder etwas Ruhe eingetreten. Durch die Schaffung eines Devisenausgleichsantes hofft man ein Gleichgewicht zu haben, einem weiteren Sinken des französischen Franken Einhalt gebieten zu können. Die lira erholte sich schließlich leicht. Der Markt dagegen lag schwach. Die Wechselkursfrage, die wegen der Devisen-Liquidation vorübergehend ziemlich lebhaft war, hatte nach Beendigung derselben aufgehört, und es trat bald wieder das übliche Geldangebot an. Tagesgeld zwischen 4 und 5 1/2 Prozent, Monatsgeld zwischen 5 1/2 und 6 1/2 Prozent.

Am Produktienmarkt herrschte die ganze Woche durch feste Stimmung, da das Ausland kleine Preissteigerungen anforderte und die Wareneigner einige Zurückhaltung übten. In der Lebensmittelbranche war zwar eine Befestigung noch nicht zu bemerken, da der Mehlabsatz nach wie vor schleppend blieb. Dagegen wurde nur zu unmittelbarem Verbrauch bei unveränderten Preisen gehandelt.

Die Verwelschung Südtirols.

Der Kampf um die deutsche Sprache.

Wie jetzt gemeldet wird, hat der Abg. Südtirols Dr. Karl Engel am 14. Mai in der italienischen Kammer die Interessen der Südtiroler Bevölkerung in der Schulfrage durch folgende Ausführungen vertreten:

Die Wiederherstellung der deutschen Unterrichtssprache in den Südtiroler Schulen sei ein heiliges Recht, auf das man niemals verzichten könne und das wesentlich mit der nationalen Existenz verbunden sei. Die vollständige Entfernung der Muttersprache nationaler Minderheiten aus der Volksschule sei ein Zustand, der in keinem anderen Lande Europas vorkomme. Die Schule sei ein politisches Instrument geworden, die stärkste Waffe in der Entnationalisierungspolitik. Diese Methode sei aber nicht nur aus rechtlichen Gründen, sondern auch besonders mit Rücksicht auf die traurigen erzieherischen und pädagogischen Ergebnisse als verfehlt zu bezeichnen.

Auch die fortschreitende Entfernung der deutschen Bevölkerung aus den Schulen werde von der Bevölkerung als schwere Gefahr für die kulturell-religiöse Zukunft der Jugend empfunden. Der einzige bestehende Wunsch der Deutschen Südtirols beziehe sich auf den Privatunterricht in der deutschen Sprache, ein Wunsch, der nichts anderes bedeute als die Anwendung der bestehenden Gesetze im gleichen Sinne für Südtirol, wie sie im ganzen übrigen Italien ausgelegt und gehandhabt würden. Ebenso sei die Bezeichnung der deutschen Sprachkurse als Geheimschulen gänzlich ungerechtfertigt. Die Muttersprache habe es nicht notwendig, sich nach der Art der ersten Christen in Katalomben zu verbergen. Wenn der Minister auch nicht für alle Schilanen, Hausfriedensbrüche und Gewalttate verantwortlich gemacht werden könne, so müsse man doch von ihm Schritte verlangen, die eine Aenderung des Geistes der örtlichen Schulbehörden zur Folge hätten. Wir warten mit ruhiger Geduld auf den Tag, an welchem neben einer Mehrheit auch die Minderheiten friedlich und in ihren nationalen und kulturellen Lebensformen unangefochten leben können.

Die allgemeine Wehrpflicht.

Aus den Genfer Beratungen.

Das Redaktionskomitee der Abrüstungskommission hat eine geheime Sitzung abgehalten, die drei Stunden dauerte. Es wurde über einen Lord Robert Cecil vorgelegten Entwurf beraten, der den technischen Unteranschlüssen für die Verantwortung der Abrüstung zugewiesenen Abschnitte des Fragebogens geben soll. Die Richtlinien Lord Ceccils gliedern den Fragebogen in rein militärische, rein wirtschaftliche und in politische Fragen. Sie bezwecken, die Aufgaben des militärischen wirtschaftlichen Unteranschlusses so zu formulieren, daß die technischen Sachverständigen bei ihren Antworten durch politische Nebenmotive nicht behindert werden. Die politischen Fragen bleiben ausschließlich dem Vollausschuß vorbehalten. Im Redaktionskomitee wurde vereinbart, daß die Abrüstung die Rüstungsfaktoren einschränken soll, die sofort mobilisiert werden können, und daß also auch die Friedensstärke der einzelnen Länder betroffen werden kann.

Dabei kam die Rede auch auf die Frage der allgemeinen Wehrpflicht, die von Lord Robert Cecil angeschnitten wurde. Der französische Delegierte Paul Boncour und der italienische Delegierte de Martino protestierten gegen die Zulässigkeit dieser Frage, so daß sie vorläufig zurückgestellt wurde. Lord Cecil behielt sich vor, die Frage später in der Vollkommission wieder vorzulegen.

Bei einem Presseempfang erklärte Lord Cecil, daß die Abrüstungskommission bereits gewisse Fortschritte erzielt habe. Er wies weiter darauf hin, daß das Redaktionskomitee die den militärischen Sachverständigen vorgelegten Fragen genauer präzisieren müsse. Besonders wichtig sei die Frage, ob die endgültige Friedensstärke eines Landes reduziert werden könne oder ob man nur die Friedensstärke herabsetzen solle. Besonders über den Begriff Friedensstärke müßten sich die militärischen Sachverständigen noch äußern. Man befürchte, daß Lord Cecil darauf hin, daß die Luftwaffe als besondere Waffengattung für sich betrachtet werden müsse, weil sie zum Angriff verwendet werden könne.

Zur Fürstenabfindung.

Ein Aufruf der Deutschen Volkspartei.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlicht folgenden Aufruf des Reichsausschlusses der DVP. zur Fürstenabfindung:

Durch die kommunistische Geharheit ist es dahin gekommen, daß das deutsche Volk am 20. Juni darüber entscheiden muß, ob den ehemals regierenden Fürstenhäusern ihr gesamtes Vermögen bis zum letzten Rest privaten Eigentums ohne jede Entschädigung weggenommen werden soll. Ein solches Verfahren würde gegen Moral, Recht und Verfassung verstoßen. Durch falsche Behauptungen und größtenteils Irreführung wird das Volk gegen die vormaligen Fürsten und ihre große Vergangenheit aufgehetzt.

In der Frage der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung der Länder mit ihren Fürstenhäusern kann nach der geschichtlichen Entwicklung gewiß nicht das formale Recht allein entscheiden. Es ist notwendig, daß die Interessen der Allgemeinheit in ausreichendem Maße gewahrt werden. Dabei ist auf die Finanzlage der Länder und auf die allgemeine Verarmung des Volkes Rücksicht zu nehmen. Die Deutsche Volkspartei hat diesen Forderungen dadurch Rechnung getragen, daß sie führend an einem Gesetzentwurf mitgearbeitet hat, der eine beiden Teilen gerecht werdende Auseinandersetzung ermöglichen sollte. Die Regierung hat auf unsere Forderung denselben Weg beschritten und den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches eine Vorlage unterbreitet, die eine ausreichende Warnung der Allgemeininteressen ermöglicht. Im Reichstag hat die unter sozialdemokratischer Leitung stehende preussische Regierung jedoch die Vorlage zugestimmt und damit zur Ausbreitung gebracht, daß sie den Volkswirtschaft auf entschädigungslose Enteignung ablehnt. Die Deutsche Volkspartei wird mit allen Kräften dafür eintreten, daß diese Vorlage Gesetz wird. Sie widersteht sich aber der Forderung einer entschädigungslosen Enteignung, gleichgültig, gegen wen sie sich richtet.

Der zur Volksabstimmung gestellte kommunistische Gesetzentwurf widerspricht der Verfassung, die den Schutz des Privateigentums verbürgt. Er widerspricht auch der Haltung, die die Sozialdemokratie selbst in den Tagen der Revolution unter Führung Eberts eingenommen hat. Esien sprechen es die Kommunisten aus, daß mit den Fürsten nur der Anfang gemacht, daß die Konfiskation alles übrigen Eigentums einschließt, der Ansprüche auf Pensionen und Renten folgen soll.

Die englische Kohlenkrise.

Die Grubenbesitzer lehnen ab.

Den Vergleichsvorschlag Baldwin im englischen Kohlenkonflikt haben die Grubenbesitzer mit einer Ablehnung beantwortet. Die Grubenbesitzer weisen in ihrer Antwort darauf hin, daß sie auf eine Einführung des Arbeitsnachteiles im Bergbau nicht verzichten können. Die von der Regierung vorgeschlagenen legislativen Maßnahmen würden nach Ansicht der Grubenbesitzer die günstige Prosperität des Bergbaues nachteilig beeinflussen. Die Delegierten der Bergarbeiter sind von London abgereist. Wie verläutet, ist zurzeit kein weiteres Eingreifen der Regierung geplant. Wie die „Evening Standard“ berichtet, ist die Lage unter den Bergarbeitern sehr prekär. In verschiedenen Städten sind öffentliche Raststätten errichtet worden. In einigen Bezirken reichen die Streikgelder nur noch wenige Tage aus. In London selbst macht sich die Kohlenknappheit bereits sehr störend bemerkbar.

Politische Tageschau.

Die Arbeitslosigkeit in Europa. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, betont in dem Bericht für die am 26. Mai zusammengetretene internationale Arbeitskonferenz, daß das Jahr 1925 eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Ländern zeigte, so in Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Holland, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und der Schweiz. Vom Dezember 1924 bis Dezember 1925 habe die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Deutschland sich nahezu verdreifacht und in Polen verdoppelt. Schwierig bleibe die Lage auch in Großbritannien und in Ungarn.

Auch Generaldirektor Wislotti stellt Strafantrag. Der Generaldirektor Wislotti hat bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Essen und des Landgerichts I in Berlin wegen der bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung Strafanzeige gegen den Berliner Polizeipräsidenten bezogen, gegen denjenigen Polizeipräsidenten, der für die Hausdurchsuchung verantwortlich gemacht werden muß, erstattet. Die Strafanzeige erstreckt sich auf Mißbrauch der Amtsgewalt, Hausfriedensbruch und Verleumdung.

Zwei Millionen Unterschriften für das Gemeindebestimmungsrecht. Der Reichsausschuß für das Gemeindebestimmungsrecht ließ durch seinen Arbeitsausschuß dem Reichstagspräsidenten Löbe die Sammlung der Unterschriften für das Gemeindebestimmungsrecht überreichen. Die Sammelbände, die über zwei Millionen Unterschriften enthalten, wurden auf zwei Lastautos zum Reichstag gebracht.

Das Material für die Hausdurchsuchungen im Ruhrrevier. Wie man aus Wirtschaftskreisen erfährt, besteht das Material, das zu den Hausdurchsuchungen im Ruhrrevier Anlaß gegeben hat, in erster Linie in einem Personenverzeichnis, das bei einer Hausdurchsuchung in Berlin gefunden worden ist. Dieses Verzeichnis gibt die Namen von Herren wieder, die sich vor einigen Jahren zu einem sogenannten Wirtschaftspolitischen Ausschuß zur Beratung von Wirtschaftsprüfungen zusammengeschlossen hatten. In diesem Ausschuß, dem auch höhere Beamte angehört, und der schon lange nicht mehr zusammengetreten ist, wurde nie ein Wort von Politik geredet. Der Ausschuß verfolgt keinerlei politische Ziele, sondern wünschte nur durch seine Arbeit Mittel und Wege zu finden, die schwierige Wirtschaftslage Deutschlands zu entspannen.

Das bedrohte Deutschland in der Tschechei. Die Prager Zeitung „Cesko Slovo“ weist auf den Unterschied zwischen dem italienischen und dem tschechischen Faschismus hin. In der Tschechoslowakei sei der Faschismus eine reine nationale Bewegung. Die Gefahr für die Tschechen liege nicht so sehr auf dem nationalen, sondern vor allen Dingen auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Deutschen hätten in der tschechoslowakischen Republik noch immer ein großes Übergewicht. Große Wirtschaftszentren seien in deutscher Hand. Das Bestreben der Tschechoslowakei gehe dahin, diesen Einfluß zu untergraben, wenn nicht anders durch einen Eingriff in das Privateigentum durch Verstaatlichung und Nationalisierung.

Die Lage in Marokko. Die aus Marokko vorliegenden Nachrichten besagen, daß die französischen Truppen um sechs Kilometer weiter vorgedrungen sind. Die französischen Flugzeuggeschwader haben Bomben abgeworfen. Die Offensive steht vor dem Abschluß. Das bedeutet auch die Tatsache, daß Generalgouverneur Steeg in Fez eingetroffen ist. Man folgert daraus, daß Friedensvorschläge Abd el Krimis für die nächsten Tage erwartet werden.

Die Wechselgeschäfte der Steinbank.

Das blinde Vertrauen der Staatsbank.

Im Kuratienprozeß erstattete der Bankfachverständige Werther sein Gutachten über die Wechselgeschäfte der Steinbank mit der Staatsbank. Die Staatsbankleitung habe bei allen Wechselgeschäften keine eigene Meinung gehabt, sondern sei lediglich das Echo Antisters gewesen.

Antister erklärte zu dem Gutachten des Sachverständigen, Dr. Rüge habe alles genommen, was er als Deckung habe kriegen können. Der Sachverständige Gude bestätigte Antisters Angaben, daß die Uebernahme und Sanierung der Scharlachbank

der Steinbank das Genick gebrochen

habe. Bei günstiger Beurteilung der Schuldner kam der Sachverständige für die Steinbank zu einer Unterbilanz von rund 3½ Millionen statt der angegebenen 9 Millionen Mark Ueberfluß.

Sprit-Webers Geständnis.

Falsche Angaben über den Lagerbestand.

Im Spritschieberprozeß wurde die Brandstiftungsangelegenheit weiter verhandelt. Der Angeklagte Hermann Weber gab zu, bei seinen Verhandlungen mit dem Vertreter der Versicherungsgesellschaft unwahre Angaben über die gelagerten Mengen gemacht zu haben. Die Verneinung eines Mitgliedes der Handelsvertretung der englischen Vorkasse, das ebenfalls in der Versicherungsangelegenheit mit Weber verhandelt hat, ergab, daß Weber n. a. die Tatsache verheimlichte, daß Del eingelagert war und daß er ferner verschwiegen, bei dem Brand zugegen gewesen zu sein.

Die Bewegung des Franken.

Die Rolle der Bank von Frankreich.

Die Ankündigung der Regierung, daß eine völlige Einstellung mit der Bank von Frankreich herbeigeführt worden sei, hat zu einer weiteren Senkung der Devisenkurse geführt. Ueber die Grundlagen des Abkommens ist nichts bekannt. Es wird vermutet, daß unter dem Druck der angelsächsischen Banken der Goldbestand der Bank von Frankreich angegriffen wurde.

Das plötzliche Steigen des Franken wird nach Meldungen aus New York auf eine persönliche Intervention des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon bei den Banken zurückgeführt. Mellon erklärte, daß eine weitere Abschwächung des Franken die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens verhindern könnte.

Gegen die Stützungsmaßnahmen der Regierung.

Trotz der Erfolge, die die französische Regierung erreicht hat, werden zahlreiche warnende Stimmen laut, die darauf hinweisen, daß die Methoden, die ausgenommen worden sind, unter Umständen statt zu einer Besserung zu einer völligen Vernichtung der französischen Währung führen können.

Im „Figaro“ weist Romier, der als Autorität in wirtschaftlichen Dingen gilt, darauf hin, daß die Regierung bei ihren Verhandlungen mit der Bank von Frankreich mit der größten Leichtfertigkeit vorgegangen sei. Es sei Pflicht der Zeitung der Bank von Frankreich, in keiner Weise dem Druck der Regierung nachzugeben. Für eine Ruhezeit von 14 Tagen oder drei Wochen restituere man die Goldreserven der Bank. Der Eindruck, den eine solche Leichtfertigkeit auf die internationale Meinung machen müßte, könne nicht leicht verwischt werden.

Auch das „Journé Industrielle“ wendet sich gegen eine Heranziehung der Goldreserven der Bank von Frankreich und weist auf das verhängnisvolle deutsche Beispiel hin.

Aus aller Welt.

□ Staatssekretär Dr. Breckow Rundfunkkommissar des Reichspostministers. Staatssekretär Dr. Breckow scheidet am 1. Juni aus seiner bisherigen Tätigkeit im Reichspostministerium aus. Das Rücktrittsgesuch ist darauf zurückzuführen, daß der ständig zunehmende Umfang seiner Tätigkeit als Leiter des Telegraphen- und Fernsprechwesens es Dr. Breckow unmöglich machte, sich seinem Spezialgebiet, dem Funkwesen, ausreichend zu widmen.

Das einsame Schloß.

Roman von Erich Ebenstein.

Uebersetzung durch Stuttgarter Romanzentrale
E. Kärnermann, Stuttgart.

Mertel hatte aufgehört zu essen. Die Hände vor sich auf die Tischplatte gestemmt, sah er den Sprecher unterwandt an. Als Hempel schwieg, sagte er ruhig: „Es tut mir leid, aber da kann ich dem Herrn keine Auskunft geben. Ich fuhr im Zwischenstück und der Bekannte des Herrn war doch jedenfalls Kojütenpassagier. Dorthin — ich meine aufs Oberdeck — ist unsersinnem der Zutritt verboten.“

„Das weiß ich. Aber so ein Unglück mache doch Aufsehen und es wird auf dem ganzen Schiff eingehend besprochen. Gewiß haben Sie doch auch darüber reden gehört und vielleicht Einzelheiten erfahren, die von Interesse für mich sein könnten.“

„Nein, gar nicht“, sagte Mertel, ohne seine Stellung zu verändern. „Ich weiß nicht einmal etwas über den Unglücksfall, da ich während der ganzen Reise krank war und fast gar nicht aus meiner Koje herauskam. Uebrigens ist Schwaben nie meine Gewohnheit gewesen und damals schon gar! Was gingen mich die fremden Leute an? Ich war froh, wenn ich niemand sah, so hundsmiterabel, wie mir damals war! Noch jetzt kann ich mich nicht erholen von der Teufelsfahrrerei!“

„Wenn Sie schon nichts von dem Unglück selbst wissen, so können Sie mir doch vielleicht etwas über einen Zwischenstückespassagier namens John Stuart berichten? Der Mann soll sich zur Zeit des Unglücks auf dem Oberdeck aufgehalten haben. Es wäre mir sehr wichtig, wenigstens eine Personenbeschreibung des Mannes zu bekommen.“

□ Den eigenen Sohn erschlagen. Im Würzburger Vorort Unterfarnbach hat der 58jährige Gastwirt Huber im Streit seinen 23jährigen Sohn mit einer Mistgabel derart auf den Kopf geschlagen, daß die Schädeldecke zertrümmert wurde und der Tod sofort eintrat. Der Täter wurde verhaftet.

□ Zu den Massenliquidationen in der Metallindustrie. Einem Nürnberger Blatt zufolge hat der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband gegen verschiedene Nürnberger Firmen, die Liquidationen auf Anordnung des Nürnberg-Fürther Arbeitgebervereins ausgesprochen hatten, Feststellungsfrage vor dem Kaufmannsgericht angehängt. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt: „Soweit mit der allgemeinen Liquidation der Angeklagten die Lösung des Dienstverhältnisses bezweckt sein soll, ist sie unwirksam“. Damit sind die Massenliquidationen sämtlich mit dem Nürnberg-Fürther Arbeitgeberverein angehängten Firmen rechtsunwirksam.

□ Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Ellwangen verurteilte den Händler Laver Lang aus Himmelsweiler wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Angeklagte, ein in der ganzen Gegend als arbeitsscheu, roh und brutal bekannter Mensch, der schon zahlreiche Freiheitsstrafen hinter sich hat, war im Februar d. J. in der Wirtschaft mit seinem Schwager in Streit geraten, hatte ein großes Küchenmesser geholt und seinen Schwager durch vier Stiche mit dem Messer getötet, worauf er sich selbst der Polizei stellte. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig entgegen.

□ Ein Raubmord. — Der Tote noch unbekannt. In einer Rübengrube bei dem nahe an der pfälzischen Grenze gelegenen hessischen Ort Flomborn wurde eine in einer Rübengrube verscharrte männliche Leiche ausgegraben. Den Umständen nach ist auf einen Raubmord zu schließen. Der Kopf des Mannes zeigt schwere Verletzungen am Unterkiefer. Bei dem Toten wurden keinerlei Papiere oder sonstige Gegenstände vorgefunden.

□ Automobilunglück. Zwischen Heddesum und Adlum überfuhr sich infolge Platzens eines Reifens ein Personkraftwagen. Die beiden Insassen wurden getötet.

□ Einbruch in ein Postamt. Nachts drangen Diebe mit einem Nachschlüssel in das Postamt Bargteheide (Schleswig) ein, sprengten den Geldschrank und stahlen etwa 10 000 Mark in bar, für 8000 Mark Postwertzeichen sowie vier Rollen Silbermarkstücke und verschiedenes Kleingeld.

□ Das Verfahren gegen das Ehepaar Jürgens. Landgerichtsdirektor Jürgens und Frau sind nach Beendigung der Voruntersuchung wegen verschiedener ihnen zur Last gelegter Straftaten von Berlin in das Stettiner Untersuchungsgefängnis überführt worden.

□ Jolly hat das Hungern satt. Nach einer Meldung aus Basel hatte sich Jolly, der von Berlin her bekannte Schauhänger, am 8. Mai wieder in einen Glaskasten einschließen lassen, um seinen Rekord um 24 Stunden zu brechen. Am 14. Tage nach seiner freiwilligen Fastenzeit erlitt er einen Todesanfall. Er begann plötzlich Würgelgeräusche und die Scheiben seines Gefängnisses zu zerbrechen und sich hierauf am Boden zu wälzen. Das war das Ende seiner Hungertat. Schon am zehnten Tage wollte Jolly sein Gastspiel unterbrechen, da ihm die Einnahmen zu gering waren.

□ Der Verteidiger des Prinzen Windisch-Grätz beantragt Freisprechung. Am Schluß seiner Rede berief sich Alain darauf, daß Napoleon an dem Gipfelpunkt der französischen Glorie englisches und russisches Geld gefälscht habe. Er habe seinen Polizeiminister Fouché zu dem Graveur des französischen kartographischen Instituts, Valler, gesandt, der die falschen Pfund- und Rubelnoten herstellte. Die Geldfälschungen würden jedoch nicht verfolgt, wenn zwei Millionen Bajonette dahinter stehen. Sie würden nur im Falle verfolgt, wenn in einem geräumten, abgerissenen Lande einige Exaltados ihr Vaterland zu retten versuchen. Er bitte darum, Windisch-Grätz freizusprechen.

□ Brotpreiserhöhung in Frankreich. Der Brotpreis, der bisher zwei Franken betrug, wird vom 1. Juli ab pro Kilo 2,25 Franken betragen.

□ Vom Hochwasser in Oberitalien. Infolge des fortwährenden Fallens des Wassers des Po ist für Piacenza jede Gefahr vorüber, dagegen wird aus Cremona gemeldet, daß am Oblio an mehreren Stellen Dämme brachen und Land überschwemmt wurde.

□ Zerstörung einer Stadt durch Feuersbrunst. Durch eine Feuersbrunst wurde fast die ganze im Zentrum des Kaffee-Distrikts gelegene Stadt Matagalpa zerstört. Die Stadt zählt 6000 Einwohner.

Aus Nah und Fern.

□ Darmstadt. Die Neu-Jsenburger Explosionskatastrophe in der Berufungsinstanz. Das große Explosionsunglück in der Pyrotechnischen Fabrik von Friedrich Sturm & Co. in Neu-Jsenburg, bei dem Arbeiter und Arbeiterinnen ums Leben gekommen sind, beschäftigte in der Berufungsinstanz die hiesige Strafkammer. Vom Offenbacher Schöffengericht waren die beiden Angeklagten, der Fabrik, Leichum und Sturm, zu je 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Während Leichum die Strafe anlegte, Sturm und der Staatsanwalt Berufung ein. Das Gericht entschied, daß beide Berufungen zurückzuweisen seien; die demzufolge bei der erstinstanzlichen Strafe.

□ Frankfurt a. M. (Gasvergiftung.) In der Wohnung eines Hauses in der Schweizerstraße wurde ein anliegender Wohnung starker Gasgeruch wahrgenommen. Nach Öffnen der Wohnung wurde festgestellt, daß der Wohnungsinhaber und seine Ehefrau infolge Gasvergiftung tot waren, während das anderthalbjährige Kind noch lebte. Vermutlich liegt Selbstmord vor. Das Motiv der Tat ist jetzt noch nicht bekannt. Beim Öffnen der Wohnung trat in ihr noch das elektrische Licht.

□ Frankfurt a. M. (Der 800. Sieg.) Der bergische Stalljockey Otto Schmidt konnte am letzten Sonntag in Hoppegarten sein 800. Rennen in diesem Jahre und das 800. seiner ganzen Laufbahn gewinnen, was bei ihm von keinem anderen Reiter in Deutschland erreicht ist.

□ Homburg b. d. H. (Aufgeklärter Leichenfund.) Der Leichenfund im Wald in der Nähe der Homburg scheint seine Aufklärung gefunden zu haben. Infolge verschiedener Presseberichte meldete sich eine Frau Berg aus Frankfurt, die in der Leiche ihren seit zwei Jahren verschwundenen Gatten zu erkennen glaubt. Die Frau nimmt, daß ihr Gatte aus Furcht vor Strafe freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

□ Kassel. (Landesausschuß für Heil- und Pflege.) In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Landesausschuß der Provinz Hessen-Kassel n. a. mit der Frage der Fürstenerbschaft und der Schmalldener Forsten. Am 11. des Monats wurde beschlossen, dem Landesausschuß einen Antrag vor, in dem gefordert wird, daß im Falle der Abnahme der ehemaligen Fürsten die Schmalldener Forsten den hiesigen Bezirksverband als Rechtsnachfolger des hiesigen Staates fallen sollen. Nach ausgiebiger Beratung wurde beschlossen, daß der Landesausschuß diesen Antrag dem Oberpräsidenten zur Weitergabe und Berücksichtigung an das Ministerium des Innern weiterleiten soll.

□ Kassel. (Beim Vogen getötet.) Im Bade einer Grube im Kreise Liebenwerda vertrieben sich mehrere junge Männer unter der Brause die Zeit mit Vogen. Ein junger Bergmann aus und fiel tot zu Boden. Er hatte einen Schlag in die Herzgegend erhalten.

□ Hofgeismar. (Drillinge im Tierreich.) Auch in Hofgeismar brachte drei lebende normale Drillinge zur Welt. Eines davon verendete bald darauf, während die beiden anderen gut entwickelten.

□ Birkelau. (Solbader für Schulkinder.) Die hiesigen Schulkinder wurde jetzt eine Solbader im Hause eingerichtet, an der zunächst 20 Knaben und 20 Mädchen des dritten, vierten und fünften Jahrganges teilnehmen. Ihnen folgen später die Kinder des ersten und zweiten Jahrganges.

□ Diez a. d. Lahn. (Ausgebrochene Zucht.) Zwei schwere Verbrecher, die im hiesigen Gefängnis mehrere Jahre zu verbüßen hatten, sind in der vergangenen Nacht ausgebrochen. Sie haben die starken Gitter ihrer Zellen durchgebohrt und sind unter Verwendung von Fuchsen, die sie in Stücke gerissen und zusammengeknüpelt haben, über die hohen Umfassungsmauern ins Freie gelangt.

□ Alzey. (Raubmord?) Beim Entleeren einer Wurzgubengrube beim rheinheffischen Orte Flomborn fand man die Leiche eines etwa 30jährigen Mannes, der vor wenigen Tagen dort verhaftet wurde. Nach dem Fund handelt es sich vermutlich um einen Raubmord.

□ Worms. (Zwei Kinder verschüttet.) Bei einer Kiesgrube spielende Kinder wurden hier verschüttet. Verheißung des Nachbarn gelang es, ein fünfjähriges Kind zu retten, während die beiden anderen im Alter von zwei und vier Jahren nur als Leichen geborgen werden konnten.

als sie den schattigen Baldweg wieder erreicht hatten. „Und den soll die arme Rosa zum Mann bekommen, weil er Geld hat? Nein, da mache ich mir sicherlich das geringste Gewissen, diese Heirat nach Kräften zu tertreiben und Rosa so vor Unglück zu bewahren.“

„Elias Hempel antwortete nicht. In tiefer Gedankensverwirrung, schritt er schweigend neben seiner Begleiterin. Warum war Mertel, der ihm nur als dummer, harmloser Pökel erschien, plötzlich so zornig geworden, die Rede auf den Koch Stuart kam?“

„War er wirklich krank gewesen während der langen Reise oder konnte er am Ende den Koch doch nicht durch sein brutales Benehmen nur weitere Kränkungen abzuwenden?“

„Daß er von dem Unglücksfall tatsächlich gar nichts erfahren haben sollte, war doch eigentlich kaum möglich.“

Ein Herr, der ihnen entgegenkam, lenkte Hempel danken ab. Gerade an der Kreuzungsstelle, wo der Weg nach Gollenhofen von der Landstraße abzweigte, traf sie mit ihm zusammen.

Der Herr zog den Hut und grüßte höflich. Hella widerte den Gruß durch ein stummes Kopfschütteln. War auffallend blaß geworden und um ihre Mundwinkel lief ein nervöses Zucken.

„Das war ja Herr Romberg!“ sagte Hempel, sie schmiß von der Seite abblinzelnd.

„Na, kennen Sie ihn denn?“

„O, nicht persönlich. Aber ich habe mich doch viel mit seiner Person beschäftigt. . . Sie wissen es ja!“

Hella schwieg.

„Er kommt wohl viel nach Gollenhofen?“

Hempels noch eine Pause wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Wiesbaden. (61. Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Wiesbaden.) In der letzten Sitzung berichtete Abg. Sch. Frankfurt a. M. über den Antrag der Zahnregulierung. Die dafür erforderlichen Mittel werden bewilligt und beschlossen, eine Zinssanleihe von 10 Millionen Mark auszugeben. Die Bürgschaft für die Zinssanleihe der Landwirtschaft im Regierungsbezirk Wiesbaden wird vom Kommunalverband übernommen, ebenso werden weiterhin Darlehen und Zuschüsse zu Meliorationsarbeiten bewilligt. Ein Antrag der Zentrumspartei, für die Zinssanleihe im Regierungsbezirk Wiesbaden 5000 Zinsen zu zahlen, fand die Mehrheit des Kommunalverbandes. Für die hinterpfeiligen Kriegsschuldigen ein zinsloses Darlehen von 30 000 Mark bewilligt.

Vergehen gegen das Branntweinmonopolgesetz.

In der Tagespresse ist im Hinblick auf das dem Unterstaatssekretär des Reichstages für die Branntweinmonopolverwaltung zugeleitete statistische Material über die Vergehen von Branntweinmonopolvergehen berichtet worden. Auf diesem Gebiete sind 5940 Straßverfahren anhängig gemacht worden, die sich gegen 8008 Beschuldigte richten, und daß bei einer hinterpfeiligen Branntweinmenge von 1 700 Hektolitern die hinterpfeiligen Abgabebeträge sich auf 19 Millionen RM. belaufen.

Diese Zahlen sind (mit Ausnahme der Hektoliternmenge, die 61 170 beträgt) richtig. Sie stellen das Ergebnis der Kalenderjahre 1924 und 1925 dar. Von den 5940 angeordneten Strafverfahren sind 4860 bereits durchgeführt. Im übrigen beweisen diese Zahlen, wie notwendig es ist, daß die Reichsfinanzverwaltung durch Einrichtung von Dienststellen und durch besondere Aufwachungsmaßnahmen auf diesem Gebiete energisch durchgegriffen hat, und notwendig es sein wird, auch in dem zu erwartenden Branntweinmonopolgesetz besondere Vorkehrungen zur Wiederholung derart umfangreicher Hinterpfeilungen zu treffen.

Letzte Nachrichten.

Spanien ratifiziert den Handelsvertrag.

Berlin, 24. Mai. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die spanische Wirtschaftsrat einstimmig den deutsch-spanischen Handelsvertrag ratifiziert, nachdem der Reichstag noch vor der Ratifizierung den Vertrag angenommen hat.

Spaltung des Aufständischen-Verbandes.

Kassel, 24. Mai. Die nach der Erklärung des Vorstandes des Aufständischen Verbandes für die Regierung Willkür innerhalb des Verbandes zutage getretenen Spaltungen sind nun tatsächlich zum Durchbruch gekommen. In der Sitzung der mit dem Vorgehen des Vorstandes unzufriedenen Gruppe wurde ein neuer Verband der Aufständischen gegründet. Dieser neue Verband, der sich „Nationaler Verband der Aufständischen und ehemaligen Soldaten“ nennt, steht unter der Führung des Abg. Korfant, des Senators der Stadt Kassel und des Sejmarschalls Wollm. Gleichzeitig wurde ein Aufruf erlassen, der sich in schärfster Form gegen das Vorgehen des Vorstandes ausdrückt.

England gegen den Weltwanderungsstreik.

Amsterdam, 24. Mai. Wie das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitteilt, ist der ursprüngliche Streik am 18. Mai in London vorgebrochen und wegen des Streiks am 22. Juni verlegte sozialistische Weltwanderungsstreik von neuem dadurch in Frage gestellt, daß die englische Regierung mehreren Teilnehmern die Einreise nach England verweigert hat.

Der Streik in der Pariser Automobilindustrie.

Paris, 24. Mai. Die Streikbewegung in der Pariser Automobilindustrie hat jetzt zur Aussperrung von etwa 30 000 Arbeitern geführt. Nach einer amtlichen Ankündigung der Automobilindustrie soll die Aussperrung nach den Pfingsttagen aufhören, aber nur ein kleiner Teil der bisherigen Arbeiter werden eingestellt werden. Man erwartet, daß diese Maßnahmen zu einer Verschärfung des Kampfes führen werden.

Amerikanischer Schutzoll gegen die deutsche Schwerindustrie.

London, 24. Mai. Wie die „Times“ aus New York berichten, hat die Regierung der Vereinigten Staaten die Erhebung einer Zollabgabe auf die Erzeugnisse der deutschen Schwerindustrie verfügt. Die Verhängung richtet sich gegen die deutschen Kohlenabfälle und vom Reichsverband der deutschen Industrie versprochene Exportprämie auf Export von Salz. Die Bestimmungen treten am 1. Juni in Kraft.

Die französisch-russischen Verhandlungen.

Paris, 24. Mai. Der „Petit Parisien“ glaubt mitteilen zu können, daß bei den Verhandlungen der französischen und russischen Delegation über die Regelung der Vorkriegsschulden die französische Delegation die Forderung stellt, daß der Zinsen für die russischen Vorkriegsschulden mit 20 bis 30 Prozent Goldmarken wieder ausgenommen werden. Das würde einen Betrag von etwa 25 Millionen Dollar jährlich bedeuten. Die Sowjetdelegation bietet jedoch nur eine Zinszahlung von 40 Millionen Goldmarken an.

Teilzahlungsgehalte.

Im Wandel der Zeiten.

Nachdem das europäische Wirtschaftsleben die verheerenden Folgen des Krieges allmählich überwunden hat, vollzieht sich auf allen Gebieten mit größerem oder geringerem Nachdruck die Rückkehr zu den Methoden und Gewohnheiten der Vorkriegszeit. So sind auch die Teilzahlungsgehalte wieder in ihren unsicheren Verhältnissen fast völlig zurückgefallen. Namentlich in England, wo das Teilzahlungsgehalt immer schon in höchster Blüte stand, vollzieht sich wieder außerordentlich große Umsätze im Rahmen der Teilzahlungsgehalte. Hier ist man nunmehr auch daran, ein neues, wertvolles Umstellung vorzunehmen, die geeignet ist, die Teilzahlungsgehalte in der besten Weise zu beeinflussen.

Was es früher allgemein üblich, daß die gekauften Waren in der vollen Tilgung des Rechnungsbetrages Eigentum der Käufer blieben, so gilt dies jetzt nur noch von demjenigen Teil der Waren, deren Bezahlung noch nicht erfolgt ist. Früher

war das Abzahlungsgehalt in der Lage, wenn beispielsweise eine Wohnungseinrichtung gekauft worden war, die ganze Einrichtung zurückzuführen, ohne einen Pfennig zurückzugeben, sobald der Käufer auch nur mit einer einzigen Rate im Rückstand blieb. Es mochte die letzte Rate sein, einerlei, die gesamten bereits gezahlten Beträge versetzten, obwar sie vielleicht schon fast den ganzen Kaufpreis ausmachten. Die neue Regelung stellt einen Fortschritt dar, der überaus wertvoll ist. Kommt jetzt der Käufer, der etwa für 1000 Mark Möbel gekauft hat, gelegentlich in die Lage, die ausbedungenen Raten nicht einhalten zu können, so verliert er gleichwohl nicht das Geld, das er bereits abbezahlt hat. Geseht den Fall, er hätte erst 300 Mark des Rechnungsbetrages getilgt, so müssen ihm unter allen Umständen Möbel für 300 Mark belassen werden, und die Verkaufsfirma ist lediglich berechtigt, von den gelieferten Sachen so viel zurückzuführen, wie dem Wert von 700 Mark entspricht.

Wer die Verhältnisse kennt, muß gestehen, daß dies ein geradezu revolutionärer Schritt ist, und es leuchtet ohne weiteres ein, daß er in England, wie die vorliegenden Berichte belegen, den Teilzahlungsgehalten bereits in großem Umfang Kunden aus Gesellschaftskreisen zugeführt hat, die bisher von dieser Art der Bedarfsdeckung auf Kredit nichts wissen wollten. Es ist denn auch in England bereits fast allgemein üblich, größere Anschaffungen nur noch auf der Grundlage von ratenweiser Tilgung des Kaufbetrages zu bewerkstelligen, einerlei ob es sich um einen Klügel, ein Automobil, Möbel, Bücher oder kostspieligere Wirtschaftsgüter handelt.

Ernstes und Heiteres.

Elektrischer Fischfang.

Anlässlich des Fischereitages des Württ. Landesfischereivereins fand in den Gewässern der Donau bei Zuglitz eine Vorführung des elektrischen Fischfangs statt, zu welchem Zwecke etwa 50 Fischer aus allen Gegenden Württembergs sich zusammenfanden. In einem gewöhnlichen Boot steht ein Zwei-Zylinder-Motor, der durch die 2 PS erzeugte Strom von 110 Volt Spannung wurde durch zwei Drähte den Ruderstangen zugeführt und innerhalb derselben an die an deren Enden befindlichen Kupferbleche angegeschlossen. Die Ruderstangen werden nun wie üblich benutzt. Sobald sich ein Fisch diesen Blechen nähert, wird er elektrisiert und kann seine Flossen nicht mehr bewegen, weshalb ein dritter Fischer mit dem Netze bei der Hand sein muß, um sie aufzufangen. In einer halben Stunde wurden auf diese Weise fünf Male herausgeholt. Das elektrische Fischen muß sehr wohl geübt sein und eignet sich nur für größere Fischschwärme und hauptsächlich da, wo in tiefem unebenem Grunde mit dem Netze nicht beizufischen ist. Da der Mensch bei Benützung der nassen Stangen Gefahr läuft, denselben Schlag wie der Fisch zu bekommen, so ist die Benützung mit großer Vorsicht geboten. In Württemberg ist das elektrische Fischen noch verboten.

Wieder einmal eine Hergengeschichte.

Wir haben erst kürzlich darauf hingewiesen, wie sehr leider auch heute noch abergläubische Vorstellungen existieren, Verwirrung und Unheil anrichten. Neuerdings heißt es in einem Bericht des Landrats von Hersfeld: Anfang Februar fiel dem Dienstmädchen eines Landwirtes in Rohrbach auf, daß eine Kuh mehrere Tage keine Milch gab. Das Mädchen bemerkte damals häufig eine unbekannte schwarze Katze im Stall, die auch dem Dienstherrn aufgesessen war. Eine alte Frau erklärte nun die Kuh für bezaubert und riet dem Mann, Milch von der Kuh nachts zwischen 11 und 12 Uhr in einer Pfanne zu kochen und mit Messern in die kochende Milch zu stechen, um dadurch die Hexe zu töten usw. Was aber ergab sich? Ein Oberlandjäger aus Hersfeld, der mit den Ermittlungen beauftragt war, besichtigte die angeblich verzauberte Kuh. Während er durch den Stall ging, trat die Kuh zur Seite. Da beobachtete er, wie die danebenstehende Kuh nach dem Gurren jener Kuh schnappte und daran zu saugen anfing. Damit hatte das Geheimnis und die Hergengeschichte ihre nur zu natürliche Erklärung gefunden.

Der erste Eisenbahnunfall.

Vor einigen Monaten beging die Welt das hundertjährige Jubiläum des denkwürdigen Tages, an dem auf der englischen Strecke Stockton-Darlington der erste von einer Lokomotive gezogene und mit Personen besetzte Eisenbahnzug mit einer Stundengeschwindigkeit von etwa zehn Kilometern über die Schienen ging. Fünf Jahre nach dieser Eröffnungsfahrt, nämlich am 1. September 1830, verzeichnete man den ersten Eisenbahnunfall, der sich in der Nähe von Liverpool ereignete. Der englische Abgeordnete Huxtable, der nach Liverpool fuhr, nutzte den Aufenthalt auf einer Station, um aus seinem Wagen auszu steigen und die Betriebsmaschinerie der Lokomotive eingehend zu besichtigen. Dabei hatte er sich unvorsichtigerweise auf das Geleise gestellt. Ganz in der Betrachtung des Räderwerks vertieft, bemerkte er nicht, daß von der entgegengekommenen Seite auf demselben Geleise eine Lokomotive herankam. Der arme Huxtable wurde von der Maschine ergriffen, niedergeworfen und zermalmt. Der Fall erregte in England ungeheures Aufsehen und verbreitete überall Furcht und Schrecken. Die „Edinburgh Review“ aber benutzte die günstige Gelegenheit, um an dem neuen Verkehrsmittel eine vernichtende Kritik zu üben. „Der Bahnsturz“, so führte die oben genannte Monatschrift aus, „700 Personen in Fängen der sechs Wagen mit einer Geschwindigkeit von 25 Kilometern zu man war inzwischen zu dieser Geschwindigkeit gekommen — zu befördern, übersteige alle Vorstellungen. Aber Enslin“ — diesen Bahnsturz schwer zu büßen haben!“ So schloß die „Review“ pathetisch den Artikel. In der Folge machte sie sich allerdings davon überzeugen, daß der Eisenbahnsturz mit unheimlicher Schnelligkeit um sich griff, aber nicht zum Schaden, sondern zum größten Segen Englands und der ganzen Welt.

Humor vom Tage.

Was auf den Schnurrbart. „Nein, wie Sie meiner Frau ähnlich sehen! Ganz der Mund, die Nase, die Augen, — bis auf den Schnurrbart!“
„Dieser Schnurrbart?“ Ich trage doch gar keinen Schnurrbart!“
„Allerdings, Sie nicht! Aber meine Frau hat einen!“
„Ach, wie romantisch! Weist du, daß Arthur während einer Krafwagenfahrt um meine Hand anhielt?“ — „Nein, wie romantisch!“ — Ja, und das Jawort gab ich ihm dann in der Klinik!

Der Geburtstag. „An deinem Geburtstag war es gewiß recht nett, nicht?“

„Ja, ich bekam eine Fülle von entzückenden Geschenken und dann auch ein paar Sachen von meinem Mann!“

Krankenspflege. Kapitän Moller ist mit seiner kleinen Frau draußen in der stürmischen Nordsee. Wenn seine Frau krank werden, so pflegt er sie selbst zu verarzten und zwar mit Mitteln, als da sind: kalte Umschläge, Aspirin-Tabletten, Rizinusöl. Nur Steuermann Edom ist noch nie krank geworden. Darüber wundert sich der Kapitän. Aber trocken erwidert der Steuermann: „Was schall einer oof krank weern bei die Kapitän, wenn bei sone Medikamente kriegen tut, wenn id nen steifen Grog kriegen, dann hat's Sinn, oof mal krank zu werden.“

Gerichtliches.

○ Zuchthaus für einen ungetreuen Bahnbeamten. Vor dem Gericht in Koblenz hatte sich der Bahnbeamte Baerle aus Ettringen zu verantworten, der auf dem Rheingüterbahnhof Koblenz fortgesetzt ganze Ballen Weinen, Leder, Rosten mit Wein, Wurst, Roggen und dergleichen beiseite geschafft und die Frachtbriefe vernichtet hatte. Das gestohlene Gut wurde nachträglich mit neuer Adresse versehen und an einen Bekannten weitergeleitet. Das Gericht verurteilte den ungetreuen Beamten zu zwei Jahren Zuchthaus. Ein Gastwirt, der ihm bei seinen Betrügereien behilflich gewesen war, erhielt wegen Hehlerei drei Monate Gefängnis.

○ Zuchthaus für einen Brandstifter. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte nach zweitägiger Sitzung den Wäschefabrikanten Gustav Ventrup, Mithhaber der Viesfelder Wäschefabrik Cordes & Ventrup, wegen vorsätzlicher Brandstiftung in Verbindung mit beabsichtigtem Versicherungsbetrug zu zwei Jahren Zuchthaus und 3000 Mark Geldstrafe. Der Verurteilte hatte am 13. März abends im Dachgeschoss seines Fabrikgebäudes, in dem sich das wertvolle Stofflager befand, Feuer angelegt, um in den Besitz der hohen Versicherungssumme zu gelangen. Der Mithhaber Cordes, der zu nächst ebenfalls verhaftet worden war, mußte seinerzeit aus der Haft entlassen werden, da ihm eine Mithaberschaft nicht nachgewiesen werden konnte.

○ Giftmordversuch an Untersuchungsgefangenen. Wie die „Augsburger Neuesten Nachrichten“ melden, verurteilte das Augsburger Schwurgericht den bereits zwanzigmal vorbestrauten 33jährigen Fuhrwerksbesitzer Johann Deuringer aus Göggingen wegen Mordversuchs zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust. Er hatte die beiden bei ihm bediensteten Arbeiter Meier und Genter zu einem Diebstahl angestiftet und ihnen dann vergifteten Kuchen ins Untersuchungsgefängnis geschickt, um unbequeme Zeugen zu beseitigen. Ein Arzt stellte fest, daß der Kuchen Arsenik in einer Menge enthielt, die zur Tötung von 50 Menschen hingereicht hätte.

Auflösungen.

Zahlen-Ausdrucks-Mittel:

a n d e n
f e l d e r
l a n o e
a r u b e
i p i e l

Die Wirke.

Kart-Mittel: Feiler (Feierabend—Festfeier).

Kapitel-Mittel: Klamm Rock Ohr Gold Gold Sicht Fett

Erbe Sorge Tanz. — Frohes Fest.

Verharmelungs-Aufgabe: Petroleum Felleisen Faserat Nehemia Galerie Serenade Triangel Eidechse Nietmoel.

Bruchstück-Mittel: Ploen Forke Zilli Rizza Gramm

Senai. — Pfingstmaien.

Notales.

Hochheim am Main, den 25. Mai 1926.

1 Das Pfingstfest brachte ganz leidliches, aber etwas kühles Wetter. Regen war nicht zu verzeichnen und so machte sich bald Klein und Groß auf die Beine und eilte hinaus in Gottes freie Natur. Die „Oberen“, dies können, segten sich in ihr Auto, der kleine Mann nahm sein Fahrrad her oder wanderte „per pedes apostolorum“ landeinwärts. Kommt er nicht so weit, wie sein kilometerfressender Ausflugsgefährte, so hat er die Genußnutzung, Einzelheiten desto gründlicher in sich aufnehmen zu können und schließlich ist Gottes Welt überall schön. Es kommt nur darauf an, daß man sie mit Schönheitsempfindlichen Augen ansieht. Der Frühling ist jetzt auf dem Höhepunkt seiner Entfaltung angelangt und die Menschentinder mögen keine Minute freie Zeit veräumen, hinaus ins Grüne zu wandern und sich Herz und Gemüt an der Schönheit der Allmutter Natur zu erquicken. — So war uns Pfingsten 1926 „ein liebliches Fest“ und neu gestärkt und erholt wollen wir den Kampf mit dem Alltag wieder aufnehmen.

Die in Hochheim am Main am 28. Mai 1926 nachm. 3 Uhr in der Burg Ehrenfels stattfindende Versammlung verspricht eine große Kundgebung des Rhein-Maingauer Winzer- und Bauernstandes abzugeben. Außer andern namhaften Persönlichkeiten werden Ansprachen halten: Der Herr Landwirtschaftsminister für Preußen Dr. Steiger und der Direktor der deutschen Bauernvereine Reichstagsabgeordneter Dr. Erone-Münzbrock. Auch der Herr Regierungspräsident Ehrler Wiesbaden hat sein persönliches Erscheinen zugesagt.

Gedenktafel für den 26. Mai.

1521 Bisher wird in die Reichsacht getan. — 1700 * der Stifter der Brüdergemeinde Graf Ludwig Zinzendorf in Dresden († 1760). — 1799 * der Dichter und Maler August Kopisch in Breslau († 1853). — 1813 Sieg der Preußen über die Franzosen bei Gagnau. — 1831 Die Russen schlagen die Polen bei Ostrolenta. — 1836 * der Buchhändler Adolf v. Kröner in Stuttgart († 1911). 1846 * der Maler Eduard Schöner zu Großkarlowitz in Schlesien († 1925). — 1923 Leo Schläger, von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt, wird in Düsseldorf erschossen.

Gedenktafel für den 27. Mai.

1564 † Johannes Calvin in Genf (* 1509). — 1799 * der Komponist Franz Anton Haydn in Paris († 1826). — 1840 † der Wissenschaftler Niccolò Paganini in Genua (* 1782). — 1874 * der

Stresemann über die Lage.

Flaggenfreiheit und Ratsfrage.

In den „Kulturbeiträgen“ nimmt Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort zu Betrachtungen über „Deutsche Pfingsten“. Hierbei kommt er auf die beiden wichtigsten politischen Fragen der Gegenwart zu sprechen, die Flaggenfrage und die Ratsfrage.

Zum Flaggenfreiheit führte der Minister aus: Es hiesse an der weltpolitischen Befähigung der Nation zu verzweifeln, wollte man die Hoffnung auf eine Lösung dieser Symbolfrage aufgeben, eine Lösung im Geiste der Verständigung und auf dem Boden der Verfassung, wie sie der Reichspräsident in seiner Votumschaft in so klaren Worten als Ziel vorgezeichnet hat.

Dr. Stresemann über die Genfer Studienkommission.

Der Minister geht dann in längeren Ausführungen auf die Ratsfrage ein und betont, daß der Stillstand, der auf der Genfer Märztagung eingetreten war, nur scheinbar gewesen sei. Der unharmonische Kampf nationaler Egoismen habe weit über Europa hinaus das Bewußtsein wachgerüttelt, daß bei der Arbeit um die Gewinnung neuer Gemeinschaftsformen keine Nation sich ohne eigenen Schaden absondern könne.

„So ist man — fuhr Dr. Stresemann fort — an der gleichen Stelle schon im Mai zu einer Neuberechnung der Gedanken gekommen, die hoffen läßt, daß auch die letzten Hemmungen binnen kurzem überwunden sein werden. Insbesondere hat die klare und aufrichtige Haltung der deutschen Regierung, die in diesem Punkt von seltener Einmütigkeit in Parlament und Öffentlichkeit gestützt war, gerade diejenigen Mächte, die in der Ratsfrage ursprünglich in einem Interessengegensatz zu Deutschland zu stehen geglaubt hatten, davon überzeugt, daß Deutschland den größten Wert darauf legt, Seite an Seite mit ihnen an dem Ausbau der Völkergemeinschaft zu arbeiten. Darüber hinaus hat die Mitteilung der Studienkommission in glücklicher Weise die Befürchtung widerlegt, daß Deutschlands Bestreben, seine Politik lokaler Insaumenarbeit nicht nach irgendwelcher Seite zu begrenzen, die Genfer Einmütigkeit fördern könnte. Damit ist auch dem stärksten Zweifler der Beweis geliefert, daß kein Mißdeutungsversuch den klaren Sinn des Berliner Vertrages entstellen kann, der bestimmt ist, ein wichtiges Glied zu bilden in der Reihe der Maßnahmen zur friedlichen Verständigung aller Völker.“

Gegen die Fürstenenteignung.

Die Deutschnationalen für Stimm-enthaltung.

— Berlin, 25. Mai. Von der Deutschnationalen Volkspartei wird ein Aufruf gegen die Fürstenenteignung veröffentlicht, worin es u. a. heißt: Wir haben niemals Zweifel daran gelassen, daß es für uns Deutsch-

nationale nur entscheidendsten Kampf gegen die kommunistischen Angriffe auf die Eigentumsordnung, den Grundpfeiler unseres Staates, geben kann. Sammelt die Massen und brecht der Wahrheit die Masse durch die Reihen der Heger und Verleumder. Den Fürsten soll gleiches Recht werden, wie jedem anderen deutschen Staatsbürger. Es geht um den Bestand von Haus und Hof, von Nation und Reich. Unsere Parole lautet: Bleibt der Abstimmung am 20. Juni fern!

Der Stahlhelmtag in Düsseldorf.

Außerordentlich starke Beteiligung.

Bereits am Vorabend des Pfingsttages setzte in den Straßen Düsseldorfs ein ungewöhnlich reges Leben und Treiben ein. Der Aufmarsch zum siebenten deutschen Frontsoldatentag hatte die Stadt in ein förmliches Heerlager umgewandelt.

Vor dem Bundesführer und den Ehrengästen spielten sämtliche Kapellen den großen Zapfenstreich. Nachher fanden in drei großen Sälen Düsseldorfs Begrüßungsabende statt, auf denen Bundesführer Selbte-Magdeburg die Gäste und Kameraden begrüßte und den Dank an die Stadt, die Regierung sowie an die Gauleitung und Ortsgruppe Düsseldorf für die glänzende Vorbereitung zum Ausdruck brachte. Er führte u. a. aus, die deutschen Frontsoldaten kommen nicht als Romantiker an den Rhein. Sie haben in den vier Jahren des Krieges klaren sehen gelernt und Seele und Augen geschärft. Sie sehen den Rhein nicht als Grenze Deutschlands, sondern als deutschen Strom. Das soll er auch bleiben. Anschließend sang man mit heller Begeisterung das Deutschlandlied.

Seinen Höhepunkt erreichte der Frontsoldatentag in einem ungemein eindrucksvollen Vorbeimarsch an dem Bundespräsidenten. Der Vorbeimarsch, der rund 100 000 Teilnehmer mit 2500 Fahnen umfaßte, nahm nicht weniger als drei Stunden in Anspruch. Der Bundesführer sprach wiederholt, von verschiedenen Plätzen aus, zu der ungeheuren Menschenmenge.

Der Stahlhelmtag nahm einen sehr eindrucksvollen würdigen Verlauf. In Zwischenfällen ist es in Düsseldorf nicht gekommen. Am zweiten Feiertag versammelten sich die Teilnehmer zu einer Tagung in Köln.

Der Rote Frontkämpfertag in Berlin.

Der erste Tag ohne Störungen verlaufen.

Zum Roten Frontkämpfertag, der an den beiden Pfingstfeiertagen in der Reichshauptstadt abgehalten wurde, brachten mehrere Sonderzüge größere Scharen auswärtiger Teilnehmer herbei. Ebenso traf eine Reihe von Lastkraftwagen mit Kommunisten ein.

Am Vortage vor Pfingsten fand eine Kranzniederlegung im Friedrichshain an den Gräbern der bei den Kämpfen um den Marfall Gefallenen statt. Am Pfingstsonntag mittags versammelten sich die

Teilnehmer zu einer großen Hauptkundgebung im Neuföhlner Volkspark. Die Kommunisten sich in geschlossenen Blöcken, die sich in den Stadtbezirken gesammelt hatten, dorthin, von Beamten in ausreichender Zahl begleitet.

Störungen irgendwelcher nennenswerter Art am ersten Pfingsttag nicht zu verzeichnen gewesen.

Schlußdienst.

Freigabe des Rüstungsmaterials.

— Berlin, 25. Mai. Bekanntlich wurde den Hausjudungen in der Rüstungsfabrik beschlagnahmtes Material nach Leipzig geschickt. Nun hat aber der Reichsanwalt dem Admiral von Schröder in diesem beschlagnahmten Material zurückgefordert, daß sie als Beweismaterial in der Untersuchung nicht von Bedeutung seien. Der Reichsanwalt hat ferner Major von Sodenstein Teil der dort beschlagnahmten Akten ebenfalls geschickt. Vor den Feiertagen war der Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer in Berlin, um mit den in kommenden amtlichen Stellen über das Abgeben der Polizei ihm übergebene Material aus den vorigen Woche vorgenommenen Hausdurchsuchungen Sprache zu nehmen. Der Oberreichsanwalt hat sich bei dem Umfang des Materials die Akten weiter studieren müsse.

Schluß der Schutzbundtagung.

— Glatz, 25. Mai. Nachdem noch verschiedene Ausschüsse internen Charakters getagt hatten, Schlußtagung der Tagung des Deutschen Schutzbundes. Hierbei sprach Dr. Hammacher-Schlösser die Frage der rheinischen Selbsthilfe, während Dr. Böhm, der Präsident des Bundes, über das „Was haben die Grenz- und Auslandsdeutschen dem paneuropäischen Projekt zu erwarten.“ Zum Schluß wurde in der Autonomiefrage eine Resolution angenommen.

Pilsudski nimmt die Präsidentschaftskandidatur an. — Warschau, 25. Mai. Wie verlautet, hat Pilsudski den Wünschen und dem Drängen breiter nachgegeben und sich damit einverstanden erklärt, man seine Kandidatur zum Staatspräsidenten annehme.

Unterzeichnung des Luftabkommens.

— Paris, 25. Mai. Zwischen dem deutschen Schaffter v. Hoeft und dem Ministerpräsidenten als Vorsitzendem der Botschafterkonferenz sind die Noten betreffend die Pariser Vereinbarungen Luftfahrt ausgetauscht worden. Zugleich wurde ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über den Luftverkehr durch den deutschen Schaffter und den französischen Ministerpräsidenten unterzeichnet.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch 6.30 Uhr Amt für die Verstorbenen der Familie... Donnerstag 6.30 Uhr Amt für den geistl. Josef Fleisch.

Direkt aus der Schweiz
allerfeinsten, vollsten, saftigen

Schweizerkäse 1/2 Pfd. 50

Durch. Fleisch, Hauptstraße, Ant. Fleisch, Eisenbahn...
Man bitte Manuskripte nur einseitig zu beschreiben.

Sellerie-, Tomaten- und
Landpflanzen empfiehlt

Fr. Theis, Untertannstr. 18.

la Eiderseidekäse

9 Pfd. M. 6.— franko.
Dampfsäesabrik, Rendsburg

Rüben

von vorzüglichen Pflanzungen
hat abzugeben Zustellung der
Landwirtschaftskammer:
Jakob Dreisbach, Flörsheim,
Riedstraße 10.

Sämtliche

Bücher

Einzelbände u. ganze Werke
liefern zu Originalpreisen (bei
größeren Aufträgen Rabatt)
die Buchhandlung,
H. Dreisbach, Flörsheim
Rachhäuserstr. 6, Telefon 59.

Kostenlos

Geschichtlichen

Zeiten

Völker

Das Weltpanorama
für Jedermann

Sie wird das Verständnis
Geschichte, Geographie, Volkswirtschaft und staatlichen
das heute mehr wie je notwendig
und verfolgt das Ziel,
Menschen mit Weltkenntnis
lichem Wissen für die Zukunft
erzählen. — Treten auch Sie
seinerseits und bei, wodurch Sie
die regelmäßige Erhaltung
„Zeiten und Völker“
ist. Probieren Sie auf!
Kostenlos

Aus dem Wirrwir
der Tagesereignisse

über zu sachlich erfasster Darstellung
alles Geschehen und Ereignisse
der ganzen Welt
reichhaltig illustrierte Monatshefte
für alle Wissensdurstigen

Zeiten
und
Völker

Das Weltpanorama
für Jedermann

Sie wird das Verständnis
Geschichte, Geographie, Volkswirtschaft und staatlichen
das heute mehr wie je notwendig
und verfolgt das Ziel,
Menschen mit Weltkenntnis
lichem Wissen für die Zukunft
erzählen. — Treten auch Sie
seinerseits und bei, wodurch Sie
die regelmäßige Erhaltung
„Zeiten und Völker“
ist. Probieren Sie auf!
Kostenlos

Kostenlos

Geschichtlichen

Zeiten

Völker

Das Weltpanorama
für Jedermann

Sie wird das Verständnis
Geschichte, Geographie, Volkswirtschaft und staatlichen
das heute mehr wie je notwendig
und verfolgt das Ziel,
Menschen mit Weltkenntnis
lichem Wissen für die Zukunft
erzählen. — Treten auch Sie
seinerseits und bei, wodurch Sie
die regelmäßige Erhaltung
„Zeiten und Völker“
ist. Probieren Sie auf!
Kostenlos

Kostenlos

Geschichtlichen

Zeiten

Völker

Das Weltpanorama
für Jedermann

Schriftsteller Richard v. Schaufel in Flörsheim. — 1910 † der Votterologe Robert Koch in Baden-Baden (* 1843).

Der Amdud.

Selten wird man den Amdud aus der Nähe zu hören bekommen, da sich der Amdud grundsätzlich so fern als möglich von jeder menschlichen Behausung hält und sich sofort beim Herannahen eines menschlichen Wesens schon zurückzieht. Trotz seiner eigenartigen Brunnenhöhle, die stets mehreren jungen Singvögeln das Leben kostet, da sie vom jungen Amdud einfach aus dem Neste gedrängt werden und verkommen müssen, ist der Amdud ein durchaus nützlicher Vogel. Seine sprichwörtlich gewordene Gefährlichkeit wendet sich in der Hauptsache gegen einige Sorten besonders schädlicher Käulen, von denen ein einziger Amdud im Laufe eines Sommers eine unglaubliche Anzahl vernichtet. Es würde mithin eine Unvernunft sein, dem Amdud nachzustellen, um ihn auszurotten; um ihn zu vernichten hat er selbst bereits dafür gesorgt, daß in dieser Hinsicht nicht allzuviel Erfolge zu verzeichnen sind. Das Einfliegen eines Amduds in einen Baum ist bis heute noch eine der größten Seltenheiten geblieben.

Wagung an die Winger. Bei Befestigungsgängen in den Weinbergen kann man zuweilen auf Wegen, in Gräben usw. häufig leere, weggeworfene Umhüllungen des Sturmfisches Mittels finden, in denen noch Reste dieses Mittels enthalten sind. Wie die Staatliche Wein- und Obstbauanstalt in Reutlingen a. S. mitteilt, sind diese eine große Gefahr für spielende Kinder. Die kleinsten Mengen können schwere Gesundheitsbeschädigungen oder gar den Tod von Kindern herbeiführen. Es sei daher dringend davor gewarnt, leere Verpackungen von orsenhaltigen Belämpfungsmitteln im Freien herumliegen zu lassen. Sie müssen sofort verbrannt werden.

Der Entwurf des Schankstättengesetzes. Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist der von der Reichsregierung genehmigte Entwurf eines Schankstättengesetzes zur Begutachtung zugegangen. Der Entwurf nimmt zur Frage des Gemeindefeststellungsrechtes Stellung; er will dem Beschluß des Reichstags vom 18. Februar 1925 auf Vorlage eines Gesetzes zum Schutze der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schankkonzessionswesens unter Abwägung einer Trennung von Deutschlands Rechnung tragen. Die Verbesserung des Schankkonzessionswesens wird dadurch angestrebt, daß die Vorbedingungen für die Erteilung der Erlaubnis, die zum Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder zum Kleinhandel mit Branntwein erforderlich ist, wesentlich erschwert, die Vorbedingungen für das Erlaubnis und den Verlust dieser Erlaubnis erleichtert werden; schließlich sind besondere Maßnahmen gegen eine übermäßige Vermehrung der Gast- und Schankstätten sowie der Branntweinleinhandlungen vorgesehen.

Schärfere Erfassung der Strafbefehle. Laut Bekanntmachung des Reichsjustizministers vom 8. März 1926, Strafrechtsverordnung betreffend, müssen für alle Vergehen, Strafnachrichten gefertigt werden, auch wenn die ausgeprochenen Strafen den Betrag von 50 Mark nicht übersteigen. Um dieser Vorschrift nachzukommen, haben die Polizeibeamten künftighin auch bei kleineren Vergehen, insbesondere vom Anzeigenenden neben dem Vor- und Nachnamen, Geburtsort und Geburtszeit den Namen der Eltern usw. festzustellen. Hierfür wird besonders aufmerksamer gemacht, um unnötige Einmündungen seitens Angehöriger bei Namensfeststellungen vorzubeugen.

Während der Geschäftsman ruht,
arbeiten seine Inserate!

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

In letzter Zeit wird das Mainufer im Weichbild des Ortes, insbesondere am unteren Orsteil, durch das Ablagern von alten Eimer, Töpfen und anderen Unrat verunreinigt, was einen überaus schlechten Eindruck macht.

Um dem Uebelstand abzuhelfen, werden in den nächsten Tagen daselbst durch Tafeln mit der Aufschrift: Hier kann Schutt abgeladen werden! 2 Stellen bezeichnet, wo nur einzig und allein die Ablagerung erfolgen darf. Töpfe, Eimer müssen zertrümmert und unter dem Schutt vergraben werden.

Der Straßenmeister und die Gemeindearbeiter, sowie Polizeibeamte, haben strenge Weisung erhalten, jede Verletzung unnötigst zu vermeiden. Auch wird an die Anwohner des Mainuf des Orsteiles getrieben, mitzuhelfen, daß das Ufer bald ein anderes Bild erhält.

Flörsheim am Main, den 21. Mai 1926.

Die Polizeiverwaltung: Bürgermeister Land.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und dem Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres treusorgenden Vaters, unseres guten Bruder, Schwager und Onkel, Herrn

Jakob Leicher

sprechen wir unseren tiefgefühlten Dank aus. Besonderen Dank den hochw. Herren Geistlichen, den barmh. Schwestern, den Kameraden und Kameradinnen, dem Turnverein von 1861 sowie für die Kranz- und Blumen-spenden.

Die trauernden Hinterbliebenen i. d. N.:

Margareta Leicher geb. Mohr u. Kinder.

Flörsheim a. M., den 25. Mai 1926.